

## NordSüdDialog *FORUM* zu „Soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung“

9. Juni 2015, österreichisches Parlament

### PROTOKOLL - Arbeitskreis 1

#### **Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen – Rolle von Parlamenten zur Förderung von Sozialer Inklusion**

Moderation: Martin Ladstätter und Magdalena Scharl, BIZEPS (Zentrum für Selbstbestimmtes Leben)

Rapporteurin: Ulrike Königsberger-Ludwig, Behindertensprecherin des SPÖ Parlamentsklubs

Schriftführung: Nadja Schuster, Parlamentarischer NordSüdDialog

#### Fragestellungen:

- Welche Rolle können/sollen Parlamente bzw. Abgeordnete spielen, um soziale Inklusion zu fördern?
- Wie können sich Betroffene im Süden aktiv in Entscheidungen ihrer Parlamente/Regierungen bzgl. Umsetzung der UN Konvention einbringen?
- Welche Strukturen müssen geschaffen werden, damit politische Partizipation von Menschen mit Behinderung erfolgen/gefördert werden kann?
- Wie können wir (Parlament, NGOs) von Österreich aus Betroffene in unseren Partnerländern dbzgl. unterstützen?

**Younusse Amad (2. stellvertr. Parlamentspräsident Mosambik):** Ich bin selbst querschnittsgelähmt und habe bedingungslose Unterstützung von allen Parteien. Wie kann man die Umsetzung der UN-Konvention überwachen? Die Abgeordneten beherrschen die Gesetzgebung auf diesem Gebiet nicht. Wie kann man Gesetze dafür entwerfen? Wie kann man den Staat dazu bringen, die Gesetze um zu setzen, rechtlichen Schutz zu bieten und rechtliche Institutionen zu schaffen. Wir benötigen Unterstützung in zwei Bereichen: a) Menschen sollen ihre Rechte auch einklagen können. Diese Pflicht gibt es nicht. b) Aufgrund der hohen Analphabetenrate kennen die meisten Menschen ihre Rechte nicht. Ich habe gestern in Wien die U-Bahn in Anspruch genommen. In Mosambik kann niemand, der nicht gut sehen kann, die Straße überqueren oder mit der U-Bahn fahren.

**Rui Maquene (Fórum das Associações Moçambicanas dos Deficientes – Dachverband Menschen mit Behinderung in Mosambik):** Es gibt in Mosambik zum Thema Behinderung einen Konsens. Jedoch wurde dieses Thema seit einiger Zeit vernachlässigt. Was ist die Verantwortung des Staates? Was muss er machen? Art. 39 der Verfassung (seit 1990) hält fest, dass wir vor dem Gesetz alle gleich sind. Wir benötigen allerdings ein Aufsichtsorgan, aber es ist schwierig fest zu stellen, wer die Umsetzung der Gesetze beaufsichtigt. Das Ministerium für Frauen wurde damit beauftragt, da es alle Menschen in verwundbaren Positionen vertritt: ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderung (MmB). Dieses Ministerium verfügt jedoch über das geringste Budget. FAMOD fordert, dass dem Ministerium mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

**Magdalena Scharl (BIZEPS):** Ich möchte nochmal auf die Rolle der Parlamentarier\_innen zu sprechen kommen. Wie können und sollen sie Inklusion fördern? Der Paradigmenwechsel innerhalb des Parlaments spielt dabei eine zentrale Rolle: Ausbildung/Training von Parlamentarier\_innen mit Behinderung und Kapazitätsaufbau. Ein Abgeordneter hat nur 5 Jahre Amtszeit. Kapazitätsaufbau müsste jedoch für das gesamte Verwaltungssystem eingeführt werden, auch für das Sicherheits- und Hauspersonal. Die Unterstützung sollte auch nach Beendigung der Amtszeit gegeben sein.

**Andrea Reinalter (BMASK):** Es gibt ein neues Leitbild des österreichischen Parlaments mit dem Ziel, den Inklusionsgedanken auch wirklich mit Leben zu füllen. Disability Mainstreaming: dabei ist es wichtig, bewusst zu machen, dass viele Entscheidungen, die im Parlament getroffen werden, MmB betreffen. Es trifft jeden Abgeordneten Verantwortung (183 Abgeordnete).

**Magdalena Kern (Licht für die Welt):** Kann man das mit ressortübergreifendem Mainstreaming zusammen fassen?

**Reinalter:** Ja kann man. In allen Aspekten Beachtung finden. Formalisierter Austausch.

**Ulrike Königsberger-Ludwig (Abg.z.NR):** Verantwortung und Behindertenagenden sollten auch in die Klubs übertragen werden - jemand im Klub, der den gesamten Überblick hat. Abgeordnete schaffen es nicht, dass sie alle Gesetze in Bezug auf „social inclusion“ überprüfen. Wie das funktionieren kann, weiß ich nicht. Viele andere Themen sind populärer, mit diesem Thema kann man keine politische Karriere machen. In Österreich gibt es 9 Bundesländer und jedes Land hat eigene Interessen, Agenden und Regelungen. Das macht es für die Behindertenpolitik so schwierig bzw. für die anderen leicht.

**Hansjörg Hofer (BMASK):** Seit 10 Jahren gibt es das Behindertengleichstellungsgesetz. Niemand darf schlechter behandelt werden als andere und beispielsweise tragen auch private Restaurants dafür Verantwortung. Zweiter Punkt: es gibt einen Nationalen Aktionsplan (NAP), der für alle Länder gilt und es gibt eine Begleitgruppe zum NAP, die alle Ressorts umfasst. Dritter Punkt: Wie kann ich steuerlich Anliegen von MmB unterstützen?

**Christina Wurzinger (Dachverband der Vereine für Menschen mit Behinderung):** Einführung von Kontrollmechanismen ist ganz wesentlich und die Zivilgesellschaft als solche ist ein wichtiger Kontrollmechanismus. Capacity building der Zivilgesellschaft und Selbsthilfeorganisationen sind wichtig, aber auch der Kontrollmechanismus zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. International anerkannte Prinzipien sind finanzielle, institutionelle und personelle Unabhängigkeiten. Und dafür braucht es Watchdogs in der Umsetzung.

**Julia Jungwirth (Verein für Menschen mit Behinderung, rechtspolitische Arbeit, Beratung und Coaching):** Barrierefreier Zugang zum Recht ist das zentrale Anliegen unseres Vereins. Wie werden Entscheidungen von Behörden an MmB übermittelt? Im österreichischen Recht ist Barrierefreiheit fest geschrieben, allerdings gibt es eine ambivalente Situation: der Anspruch auf Barrierefreiheit gilt ab 2016, aber dieses Gesetz ist mit Rechtsbegriffen gespickt, die eine unterschiedliche Auslegung zulassen. Begriff der Zumutbarkeit. Was ist zumutbar und was nicht? Hier geht es darum, Rechtssicherheit zu schaffen; z.B. Unternehmen, die ihre Räume barrierefrei gestalten müssen; es besteht sehr viel Unsicherheit. Bewusstseinsbildung aller, auch der breiten Bevölkerung, ist wichtig.

**Martin Ladstätter (BIZEPS):** Hier gibt es Parallelen zwischen Österreich und Mosambik: es wird sehr häufig totes Papier produziert. Das hat sich auch vorige Woche gezeigt, in der Verwaltungsakademie des Bundes. Es ist sehr schwierig etwas umzusetzen, wenn man die Gesetze nicht kennt.

**Sonja Grabner (ADA):** Im Hinblick auf die ressortübergreifende Verpflichtung: 2013 wurde das performance-based budgeting eingeführt und im Zuge dessen wurde auch Genderbudgeting eingeführt. Als Idee oder Anregung: wenn bestimmte Ressorts planen, sollten sie mitdenken, welche Auswirkungen haben diese Maßnahmen auf MmB oder auf Gender (Disability Budgeting) bzw. wäre es wünschenswert auf Vulnerabilitäten insgesamt zu schauen und dafür Indikatoren zu entwickeln.

**Scharl:** Wie schaut die Kooperation mit Partnerländern aus? Angesichts der Zeitknappheit möchte ich auf Kooperation mit Partnerländern überleiten.

**Maquene:** In Mosambik macht die Hilfe der Partnerländer die Hälfte des Budgets aus. Welche Rolle spielt die Frage der MmB? Was sind die genauen Maßnahmen die eingeführt werden? Es ist eine Frage der Zusammenarbeit: wie kann die Behinderung innerhalb der Landwirtschaft, des Wassermanagements eingebracht werden? Welche Indikatoren gibt es für diese Umsetzung?

**Kern:** Es wäre gut, wenn die EZA in diese Parameter investieren würde und einen Rahmen einführen würde, der die MmB inkludiert.

**Amad:** Inwiefern hat die EU geholfen, die UN-Konvention umzusetzen? Seit 2010 gibt es eine europäische Strategie zum Thema Behinderung. Hat diese Strategie Auswirkungen auf politische Überlegungen in den Mitgliedstaaten? Oder gibt es eine unmittelbare Bindung? Beim NAP haben wir es ähnlich gemacht, d.h. es gibt Wechselwirkungen. Das Recht der EU ist nicht ein rein internationales Recht, sondern ein supranationales Recht, d.h. es liegt zwischen nationalem und internationalem Recht. Es gibt Kompetenzen, die dazwischen liegen. Es gibt gewisse Wechselwirkungen aber jedes Mitgliedsland hat seine eigenen Gesetze.

**Wurzinger:** Wir sind als europäisches Behindertenforum darum bemüht, die Umsetzung des European Accessibility Act voran zu treiben. Aber Zusammenhänge sind nicht immer ganz sichtbar.

**Reinalter:** Es gibt sehr hohe Standards für öffentlichen Verkehr.

**Jungwirth:** Wenn Sie sich Vorgaben der Geberländer wünschen, habe ich auch eine Frage an Sie: gibt es derzeit Vorgaben der Geberländer, an die man anknüpfen könnte?

**Maquene:** die UN-Konvention wurde 2010 ratifiziert und 2011 haben wir verschiedene Aktivitäten gestartet. In Mosambik wird der Focal point für die Umsetzung der Konvention aber die Kontrolle wird von UNICEF durch geführt. Der Zugang zu Mitteln läuft immer über UNICEF.

**Amad:** Wir haben keine Möglichkeit, uns in diese Fragen einzubringen, in die internationale Kooperation. Die Frage der MmB betrifft uns aber alle. Meine Schlussfolgerung ist, dass es keinen Willen seitens der Regierung für die Umsetzung gibt. 90% der Aktivitäten für MmB kommen von Licht für die Welt, Handicap International usw. und nicht von der Regierung. Es gibt große Mängel und es fehlen Shadow reports vonseiten der Regierung. Ich werde ein Beispiel nennen. Die NGOs ziehen die Regierungen mit sich. Am 3. Dezember gab es in allen Regionen des Landes eine Wohltätigkeitsaktion, die von NGOs organisiert wurde. Die Regierung war jedoch nicht aktiv und somit ist es nur punktuelle Hilfe. Welche konkrete Unterstützung kann Österreich gewährleisten? Wie schon erwähnt, besteht das Budget zu 50% von ausländischen Geldern.

**Grabner:** Unser Prinzip ist Ownership. In Mosambik sind Landwirtschaft und Wasser die Sektoren, in die die OEZA investiert. Aber die Aufgabe der Geber ist zu schauen, in wieweit MmB berücksichtigt werden. Es gibt Kooperationen mit Partnerländern, wo man das einbringen kann: die Zivilgesellschaft zu unterstützen, dass sie z.B. in die Erarbeitung der Landwirtschaftsstrategie eingebunden ist und nicht dass wir eine Strategie vorlegen, das wäre nicht im Sinne von Ownership. Als 3. Punkt ist uns die Unterstützung von selbstorganisierten Gruppen vor Ort wichtig, auch damit sie ihre Expertise einbringen können.

## PROTOKOLL - Arbeitskreis 2

### **Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätzen**

Moderation: Margarita Schiemer, Universitätsassistentin Institut f. Bildungswissenschaften Uni Wien

Rapporteurin: Helene Jarmer, Behindertensprecherin des Parlamentsklubs der Grünen

Schriftführung: Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

#### Fragestellungen:

- Gesetzliche Verankerung und Durchsetzung des Rechts auf Bildung für Menschen mit Behinderung im Globalen Norden und Süden - Wo liegen die Herausforderungen?
- Was braucht es für konkrete Schritte, um eine Umsetzung zu fördern?
- Welche Möglichkeiten von Arbeitsplatzschaffung gibt es?
- Wie müssen Projekte der EZA konzipiert sein, um in den Partnerländern im Süden diese Bereiche positiv mitgestalten zu können?

**Jorge Manhique (*Fórum das Associações Moçambicanas dos Deficientes – Dachverband Menschen mit Behinderung in Mosambik*):** We have some progressive laws in Mozambique; we have the right of education and constitutional rights, we have some good policies; 2008 we saw the enactment of the accessibility decree for built environment - to guide engineers (very technical); in Southern Africa we are one of the few countries with those kind of standards. The problem is, when it comes to implementation there are huge difficulties, e.g. even newly build schools where not access free and even the parliament is not access free. It's a problem of enforcement. We don't see the practical move from the government to change this. The civil society is also not properly involved. In 2006 – as part of public reform – the government set up a strategy for employment of people with disabilities for the public sector, but it does not address the issue of accommodation – e.g. work from home, use the potential of ICTs, etc. Also the budgeting is a problem. We set up instruments, but they are not equipped with proper resources. There were no evaluations for the strategies either and there is nothing with regards to the private sector. Also very critical is the issue of data collection because without data it is very difficult to properly address problems.

School attendance causes problems for children with disabilities as parents have to decide to either work or accompany their kids. There is a clear linkage between disability and poverty – poor people can even afford less. The government does not address this at the moment. In the whole of Mozambique there are 5 special schools and 3 new centers were developed, but they are also under-resourced; to move children to one of these centers, far away from home, is not inclusive thinking. Sad is that we use resources of citizens to actually exclude people – e.g. building new inaccessible bus stops. It is much cheaper to think inclusively from the beginning than do an adjustment later.

In terms of donors – there are donors giving budget support. Those could insist that the money is not further used to discriminate people and to support civil society which has too few resources, no adequate personnel and is dependent on foreign aid. It is difficult for Disabilities NGOs to write good proposals and compete with more established NGOs. It is important to address multiple factors of discrimination and work cross-sectoral.

**Smart Eze (*Light for the World*):** It is important that people participate in education, employment and in social and economic development in their communities. We are in one way all handicapped – to act in the norm is problematic; there is no simple definition of normality. The implementation of all structures and laws, that we have adopted, is the problem and this affects all nations – some more, some less. The cheapest way of doing it is not only pumping money into projects but to grow campaigns for inclusion from within – in our heads.

Citizens are the cheapest way of achieving inclusiveness. We have more benefits from money if we do education from the start in an inclusive way.

**Johanna Mang (Light for the World):** Is inclusive education a concrete point in development aid in Germany and are there some best practice examples – also in Austria or internationally?

**Gabriele Weigt (bezev – Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit):** In Germany we have a problem with segregated institutions in education. We have to change our system into an inclusive education system. It is important to understand, what inclusive education really means. Inclusion and integration is sometimes used in the same sense – people don't know the difference. We need a broader education. The German Federal Ministry on Development Corporation had a project to strengthen inclusive education – in Guatemala and Malawi. There is a lack to put inclusive education into practice and at the moment it is not easy to find good practice examples. It is important to stress and know what exactly you mean by inclusive education, inclusive work, etc. even in Germany. E.g. we asked organizations to send us examples for inclusive work projects and we got only examples for integrating people with disabilities, not for inclusiveness. There are countries, which work on certain issues of social inclusiveness. There are some NGOs working on inclusive education, but they lack the institutional aspects. It is important to also improve the teacher education.

**Helene Jarmer (Abg.z.NR):** Do you not have a reporting system in Mozambique? You signed the declaration - do you not have contact with Geneva and tell them what is going wrong in your country?

**Manhique:** The first country report should have been submitted by January 2014 but it still has not been sent. Civil society started with a shadow report. The question is how can the civil society participate meaningful? We did ratify but we do not have a national framework of implementation. We did not do our baseline work – we do not have figures. So there is a lot of confusion on which actions to take. There is permanent confusion on what does social inclusion look like.

**Franz-Joseph Huainigg (Abg.z.NR):** When we talk about inclusive education, we think about children with disabilities – are there also teachers with disabilities? What changes if teachers with disabilities are in schools?

**Weigt:** Teachers with disabilities teach – not a lot, but some. It is difficult, but there are some changes, more and more universities change their pedagogical studies of special education to inclusive education.

**Eze:** Special education vs. inclusive education. Will the latter be included in the curriculum, i.e. not only if there is a blind child with Braille, but the question is, is this included in the curricula?

**Weigt:** No, we are not so far. To change the education system to inclusive education system is difficult. There are some provisions for children with visibility and hearing problems and physical problems, but not inclusive education. Also, the education policy is the responsibility of the regions –so, it is difficult to change the education system.

**Günther Schuster (BMASK):** Education is a very important basis in terms of employability of people with disabilities. Teaching is a profession which is widely respected, so why are there so few teachers with disabilities? The federal ministry has changed the regulations, but there is a high level of independence of the Bundesländer – regional, local authorities have just not executed the law.

**Weigt:** Has Mozambique an institution to monitor the implementation of the HRC?

**Manhique:** We have a monitoring institution, but it is very new and not really operational just now. They are struggling with resources. But again, in terms of referring to people with disabilities, they are weak. Kenya and Zambia are two good examples of countries with very progressive laws on education.